

Werbung um die Jugend nach 1971

Jugendgesetz der DDR, Entwurf von 1973

»§ 54

(1) Die Leitungen der Freien Deutschen Jugend haben in ihrem Verantwortungsbereich das Recht,
 – den Staatsorganen und staatlichen Leitern Vorschläge für die Beschlüsse und Entscheidungen auf jugendpolitischem Gebiet zu unterbreiten und an der Vorbereitung von grundsätzlichen Beschlüssen und Entscheidungen, die Einfluß auf das Leben der Jugend haben, mitzuwirken;
 – die Durchführung des Jugendgesetzes zu kontrollieren ...«

Nach der Ablösung Walter Ulbrichts 1971 versuchte Erich Honecker, durch eine liberalere Kultur- und Jugendpolitik Zuspruch unter der Jugend zu finden. Kurze Zeit warb die SED wieder mit den »Rechten der Jugend« (Abb. 1). Für viele Jugendliche war dieser Wechsel eine Befreiung; viele Intellektuelle schöpften neue Hoffnungen.

Dieser vermeintliche Neuanfang spielte sich vor folgendem Hintergrund ab:

1963 waren erstmals Spannungen zwischen dem ersten Mann im Staat, Walter Ulbricht, und seinem Stellvertreter, Erich Honecker, aufgetreten. Ulbricht hatte versucht, Konsequenzen aus den für die SED enttäuschenden Resultaten der Jugendpolitik zu ziehen, und gegen den Willen Honeckers eine liberalere Jugendpolitik eingeleitet. Da dieser Bereich in Honeckers Domäne fiel, hatte der sich mit Stasi-Chef Erich Mielke und mit der neuen sowjetischen Führung unter Leonid Breschnew gegen Ulbricht verbündet. Auf einer Plenarsitzung des SED-Zentralkomitees im Dezember 1965 veranstaltete Honecker ein Scherbengericht. Für die »Fehlentwicklung« der Jugend wurden die Künstler, vor allem Schriftsteller und Filmemacher, verantwortlich gemacht. Danach zog in die DDR-Gesellschaft eine innenpolitische »Eiszeit« ein. Die gesamte Produktion des Jahres 1966 der Filmfirma DEFA wurde verboten; die Gefängnisse und

Arbeitslager füllten sich mit Beatmusikern und mit Beatfans, die als »Gammler« denunziert wurden.

Ulbricht selbst konnte seinen Sturz auf dem Dezember-Plenum abwenden. Er entwaffnete Honecker, indem er zu ihm überlief und sich, wie schon oft zuvor, an die »Spitze der Bewegung« stellte. In der Öffentlichkeit übernahm er die Verantwortung für die neue Politik, während Honecker – unbeschadet – im Hintergrund blieb.

Mit den Weltfestspielen 1973 in Ost-Berlin, bei denen in der Stadt eine liberale Atmosphäre herrschte, wie sie erst wieder zur Zeit der Wende möglich wurde, erlangte Honecker

Abb. 1
 Für die Rechte der Jugend (Wandzeitung) 1972
 Entwurf: C. Bartmann (?)



**Abb. 2**

Potsdamer Abkommen / § 54 (1)
 Die Leitungen der Freien Deutschen
 Jugend haben in ihrem Verantwor-
 tungsbereich das Recht, ...
 1973

bei vielen Jugendlichen Anerkennung. Danach ließ er ein neues Jugendgesetz ausarbeiten, das jenes von 1964 – das übrigens auch Honeckers und nicht etwa Ulbrichts Handschrift trug – ablösen sollte (Abb. 2). Beide Gesetze unterschieden sich in den wesentlichen Punkten kaum. Darum ging es Honecker auch gar nicht. Ihm war an der »großen Volksaussprache« gelegen, mit der Demokratie simuliert werden sollte, sowie an der Botschaft, daß er der »Freund der Jugend« sei. Am 28. Januar 1974 wurde das Gesetz verabschiedet und stolz gemeldet, es sei in 240.000 Zusammenkünften von 5,4 Millionen DDR-Bürgern diskutiert worden.

Zweieinhalb Jahre später wurde Wolf Biermann ausgebürgert. Auf die Reaktionen unter vielen Künstlern und Intellektuellen war die SED-Führung nicht vorbereitet. Nach anfänglicher – vergeblicher – Härte begann sie zu lavieren. Im Land wurde es wieder kalt. Über die Gesellschaft legte sich Mehltau. Viele junge Frauen und Männer gingen in die innere Emigration – ehe sie 1989 zumeist mit ihren Partnern und Kindern wirklich emigrierten.

JS

Menschenrechtspropaganda gegen die Bundesrepublik während des Zusammenbruchs der DDR

Verfassung der DDR vom 6. April 1968, in der Fassung vom 7. Oktober 1974

»Artikel 32

Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat im Rahmen der Gesetze das Recht auf Freizügigkeit innerhalb des Staatsgebietes der Deutschen Demokratischen Republik.

Artikel 33

(1) Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat bei Aufenthalt außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik Anspruch auf Rechtsschutz durch die Organe der Deutschen Demokratischen Republik.«

Im Herbst 1988 kündigte die ungarische Regierung an, im Mai 1989 den Eisernen Vorhang zu Österreich öffnen zu wollen. Für die SED-Führung bedeutete das eine existentielle

Bedrohung, der nur schwer zu begegnen war. Honecker reagierte in der ihm eigenen Schlichtheit und drohte der Bevölkerung, daß die Mauer noch in einhundert Jahren stehen werde. Bei vielen jüngeren Menschen, darunter vor allem solchen mit Kindern, löste er damit so etwas wie einen Fluchtreflex aus. Große Teile der jüngeren und jungen Generation der DDR beschlossen, bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit auszuwandern.

Das einzige, was der SED-Führung dazu einfiel, war Propaganda. Mit einer gegen die Bundesrepublik gerichteten Menschenrechtskampagne im Stile des Kalten Krieges sollte versucht werden, die Menschen von der Flucht abzuhalten. Im Januar 1989 entsandte die Redaktion des SED-»Zentralorgans« »Neues Deutschland« einen Sonderberichterstatter nach West-Berlin, der über Drogenabhängige und über die Szene am Bahnhof Zoo berichten sollte. Als der Auftrag erledigt war, hatten Walter Momper und die Alternative Liste (AL) die Wahlen zum Abgeordnetenhaus gewonnen. Der Artikel wurde nie gedruckt. Denn West-Berlin war nun SPD-Land, und gegen die SPD durfte in der DDR in den 80er Jahren nichts Böses gesagt werden. Gleiches erwartete die SED von der SPD, die sich auch an das Agreement hielt.



Abb. 1
Menschenrechte konkret:
Bauernsterben
1989
Entwurf: Jürgen Mücke
(Foto: Archiv, Klaus Walter)

Abb. 2

Menschenrechte konkret
1989
Entwurf: (?) (Foto: Zentralbild, Berlin)



Abb. 3

Menschenrechte konkret:
Wohnungsmisere
1989
Entwurf: Jürgen Mücke
(Foto: Dieter Oelschner)



Deshalb konzentrierte sich die Propaganda auf die Bundesrepublik. Es waren die ewigalten Themen aus 40 Jahren Kalter Krieg – dieses Mal nur unter dem Motto: »Menschenrechte«. Auf in der DDR sonst rarem Hochglanzpapier durfte sich ein LPG-Vorsitzender aus Mecklenburg Gedanken zum Bauernsterben in der Bundesrepublik und zu seinem eigenen Dorf machen (Abb. 1). Auf einem anderen Plakat wurde mitgeteilt, daß in der Bundesrepublik neben 110.000 Obdachlosen 1,16 Millionen Menschen nur notdürftig untergebracht seien (Abb. 3): Das dürfte vor allem die Hunderttausende von jungen Leuten abgeschreckt haben, die in den verslumten Altstädten der DDR lebten! Und ganz im Stile der 50er Jahre sah man »die alten und neuen Nazis in der BRD und in Westberlin« im Aufwind (Abb. 2).

Die DDR-Propaganda hatte in den 80er Jahren schon weitgehend ihre Wirkung verloren. Auch die letzte Kampagne, mit der die Menschen im Lande gehalten werden sollten, verfehlte ihren Zweck. JS